

Der Landrat verwies auf die heutige Tischvorlage zum Bildungs- und Teilhabepaket. Es handele sich um eine Zwischeninformation, die haushaltsrelevant sei, da sie auch in der Änderungsliste enthalten sei. Man gehe nun davon aus, dass man die Zuständigkeit für die Empfänger von Wohngeld und Kinderzuschlag – ca. 5.500 Personen – per Delegationssatzung und gegen entsprechende Kostenerstattung auf die Städte und Gemeinden übertragen könne.